



GRÜNE Schweiz

Waisenhausplatz 21

3011 Bern

raphael.noser@gruene.ch

031 326 66 07

Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit des Nationalrats
3003 Bern

Per Mail:

sekretariat.abel@bsv.admin.ch

Bern, 1. November 2024

18.455 n Pa. Iv. Grossen Jürg. Selbstständigkeit ermöglichen, Parteiwillen berücksichtigen; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Frau Kommissionspräsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel vermerkten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns wie folgt.

Die Grüne Fraktion hat die der vorliegenden Vernehmlassungsvorlage zugrundeliegende parlamentarische Initiative bereits in den eidgenössischen Räten abgelehnt. Auch den von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats erarbeiteten Umsetzungsvorschlag lehnen die GRÜNEN entschieden ab, denn er stellt einen ungerechtfertigten Angriff auf die soziale Sicherheit und die Rechte der Arbeitnehmenden dar.

Zur Abgrenzung zwischen selbständiger und unselbständiger Arbeit hat das Bundesgericht eine langjährige und bewährte Praxis geschaffen, gemäss welcher neben dem unternehmerischen Risiko insbesondere die faktischen Abhängigkeitsverhältnisse entscheidend sind. Diese Regelung hat sich in der Praxis bewährt. Sie weist eine genügend hohe Flexibilität auf und führt im Rechtsalltag zu keinerlei relevanten Problemen. Aus Sicht der GRÜNEN stellt dies die Notwendigkeit der Gesetzesreform grundsätzlich in Frage.

Die von der Kommission vorgeschlagene Praxisänderung – neu sollen zusätzlich auch Par- teivereinbarungen zur Feststellung des Beitragsstatus berücksichtigt werden – ist jedoch nicht nur unnötig, sondern auch schädlich. Bereits heute entledigen sich gewisse Arbeitge- bende ihren gesetzlichen Pflichten, indem sie Arbeitnehmende zur Scheinselbständigkeit drängen. Das schwächt einerseits den Lohnschutz und die soziale Absicherung der Arbeit- nehmenden, verzerrt aber auch den Wettbewerb und bestraft damit jene Arbeitgebenden, welche sich korrekt verhalten. Die geplante Gesetzesänderung würde diesen unlauteren Wettbewerb auf dem Rücken der Erwerbstätigen weiter antreiben und missbräuchliche Ge- schäftsmodelle fördern. Dies, weil der Schutz der schwächeren Vertragspartei – also der Ar- beitnehmenden – geschwächt werden würde.

Daneben dürfte die vorgeschlagene Gesetzesänderung auch zu zusätzlicher Bürokratie, zu mehr gerichtlichen Streitigkeiten und letztlich zu Rechtsunsicherheit führen. Die GRÜNEN weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch die Auswirkungen der Vorlage auf weitere Rechtsbereiche ausserhalb des Sozialversicherungsrechts – namentlich auf das Ar- beitsrecht und die Praxis der Steuerbehörden – völlig ungeklärt sind. Schliesslich steht die Vorlage auch im Widerspruch zur Regulierung der Europäischen Union, gemäss welcher bei der Bestimmung des Beschäftigungsstatus die tatsächlichen Verhältnisse klar Vorrang ha- ben vor einem allfälligen Parteiwillen – auch in der digitalen Ökonomie.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse


Lisa Mazzone
Präsidentin


Raphael Noser
Fachsekretär